

EXTRABLATT

VORWÄRTS **DIE EINHEIT**

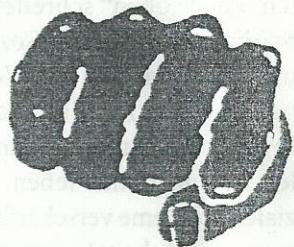
SOZIALISTISCHE GEWERKSCHAFTSZEITUNG

Nummer 2

Mai 1995

Preis: 1 Schilling

NEIN ZUM SOZIALABBAU



Das Belastungspaket 1995 der Regierung Vranitzky ist der Auftakt für weitere Kürzungen im Sozialbereich. Doch der Sozialabbau der Koalitionsregierung ist nur eine Facette: Die Umverteilung von „unten“ nach „oben“ geht ungebrochen weiter. Die Steuerbelastung der Lohnabhängigen (ArbeitnehmerInnen) stieg rasant an, während die Steuerbelastung der Kapitalisten und Reichen immer weiter sinkt. Die Steuerreform der Regierung brachte zwar eine geringe Entlastung der kleinsten unselbständigen Einkommen, aber gleichzeitig wurden die Kapitalisten und Reichen enorm begünstigt. Diese Entwicklung trifft zusammen mit einer massiven Verteuerung von öffentlichen Dienstleistungen und geringen Gehaltserhöhungen sowie einer Welle von Privatisierungen. Das nächste *Sparpaket* kommt bestimmt!

Die SPÖ-Führung feiert das Belastungspaket in allen SPÖ-Zeitschriften als großartige Leistung der Regierung. Der Widerstand in den Gewerkschaften wird von der SPÖ-Führung mit keinem Wort erwähnt - es war halt nur ein Kommunikationsproblem. Am GPA-Vorsitzenden Sallmutter, der sich als einziger Vorsitzender einer Einzelgewerkschaft mit der Demonstration gegen das Belastungspaket am 23. März 95 in Wien solidarisch erklärte, wird von Spitzenfunktionären der SPÖ wie Vranitzky und Fischer (aber auch von ÖGB-Präsident Verzetsnitsch) ein Exempel statuiert. Sallmutter attackierte während den Budgetverhandlungen den Finanzminister. Nun wird dieser von der gesamten SPÖ-Führung angegriffen, die ohne Ausnahme die „Strukturanpassungsgesetze“ („Sparpaket 95“) unterstützt. Alle SPÖ-Nationalratsabgeordnete haben für das Belastungspaket (im März 95) gestimmt. Die Forderungen von

Seiten des ÖGB bzw. der FSG sind klanglos verschwunden - zum Beispiel die sogenannte „Solidarabgabe“. Selbst diese bescheidenen „Korrekturen“ des Belastungspaketes hat die SPÖ-Führung abgewürgt. Es wurde keinerlei Vergünstigung der privaten Unternehmer und Reichen zurückgenommen. Im Gegenteil: Österreich ist jetzt das Steuerparadies Nr. 1 für die Kapitalisten in der gesamten EU. Nicht einmal die USA kann mit Österreich mithalten. 25 Jahre sozialdemokratische Regierung bzw. Regierungsbeteiligung haben großartige Errungenschaften gebracht - für die Kapitalisten.

Die SPÖ-Führung zehrt noch immer von den politischen Erfolgen der SPÖ-Regierung in den frühen 70er Jahren. Doch bereits Mitte der 70er Jahre begann die Regierung Kreisky, Weichen zu stellen. Wer ist verantwortlich für den Niedergang der Verstaatlichten Industrie, für die vielen tausenden Kündigungen?

Wer ist verantwortlich für die hemmungslose Privatisierung öffentlichen bzw. staatlichen Eigentums? Wer ist verantwortlich für den fortschreitenden Sozialabbau? Wer ist verantwortlich für Politikerprivilegien, Korruptionsskandale und offensichtlicher Mißwirtschaft bei Großprojekten? Wer hat den Konsum ruiniert? ... Die Ergebnisse von 25 Jahren „sozialdemokratische“ Steuerpolitik lassen die Kapitalisten, Spekulanten und Reichen jubeln.

Wer ist verantwortlich für die Privatisierungspolitik?

Es wird so mancher (der Mitglied bei der SPÖ oder des ÖGB ist) sagen, daß diese Angriffe auf die Regierung und die SPÖ-Führung nicht die sozialen Errungenschaften der SPÖ anführen. Doch die meisten der sozialen Errungenschaften wie Verbesserung der Sozialversicherung, der Gesundheitseinrichtungen oder der materiellen Sozialleistungen sind Ergebnis der Aufbruchsstimmung Anfang der 70er Jahre. Bereits in den 80er Jahren setzte zum Beispiel massiv die Privatisierung von öffentlichen bzw. staatlichen Eigentums ein. Die Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln (Fabriken, Grund und Boden, Dienstleistungsunternehmen etc.) haben sich im Laufe der 80er Jahre drastisch verändert - zu Gunsten des privaten und ausländischen Kapitals. (Siehe EINHEIT Nr. 1, bei der Redaktion zu bestellen.)

Drastische Umverteilung von „unten“ nach „oben“!

In den Schubladen der Arbeiterkammer und des ÖGB liegen Tonnen von Studien, die immer wieder eines beweisen: Die Umverteilung von „unten“ nach „oben“ schreitet voran. Eine Studie im Auftrag des Sozialministeriums (1994) brachte zum Vorschein, daß bereits an die 1,5 Millionen Menschen in Österreich unter oder an der offiziellen Armutsgrenze leben. Und die sozialen Probleme verschärfen sich: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, soziale und politische Probleme der Migran-tInnen („ausländische“ ArbeitnehmerInnen sowie Asylwerber und ihre Familien), Diskriminierung von Frauen besonders in der Arbeitswelt, Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit, Reallohnverluste, mangelnder ArbeitnehmerInnenschutz u.v.m. Über jedes dieser Probleme könnte man hunderte Bücher schreiben.

Was ist jetzt zu tun? Die Gewerkschaften sind aufgerufen, jetzt zu handeln. Von der ÖGB-Führung konnte man nichts anderes erwarten, als daß diese sich der Regierung unterordnet. Die ÖGB-Führung hat alle Belastungen ohne Kampf akzeptiert.

Um einen vollständigen Gesichtsverlust von Verzetsnitsch & Co. abzuwenden, wurden dem ÖGB von Seiten der Regierung einige kosmetische Korrekturen zugestanden. 1996 wird ein größeres „Sparpaket“ folgen.

Nur, diesmal wurde bereits drastisch bei den öffentlich Bediensteten sowie bei den Beschäftigten von Bahn und Post gekürzt (Verlängerung des Gehaltsabschlusses um 3 Monate, Erhöhung des Pensionsbeitrages, Kürzung von Sozialleistungen - siehe Einheit Nr. 1). Außerdem wurden bereits lukrative Bereiche der verstaatlichten Wirtschaft privatisiert, um Budgetlöcher zu stopfen. Die privaten Unternehmer, die Reichen

und Superreichen will die Regierung nicht belasten, also was bleibt übrig: Sozialabbau, noch stärkere Privatisierung, Erhöhung der Tarife für öffentliche Dienstleistungen... Die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien werden zur Kasse gebeten, die Kürzung der sozialen Aufwendungen werden die sozialen Probleme wie Arbeitslosigkeit, Armut und Wohnungsnot steigern.

In jedem Bereich muß gegen die Regierungspolitik Widerstand organisiert werden - in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis, im Sozial- und Gesundheitsbereich. Wir müssen Alternativen aufzeigen - eine sozialistische Politik ist gefragt. Wir haben ein sozialistisches Programm, das eine wirkliche Alternative zum Kapitalismus ist. **Jede soziale Verbesserung, jedes politische Recht der Arbeiterschaft und die Veränderung des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems muß erkämpft werden. Gegenwehr jetzt!**

Die Redaktion, 1. Mai 1995

Gerade Jetzt: VORWÄRTS - die sozialistische Zeitung! Einfach abonnieren - an VORWÄRTS schreiben: VORWÄRTS; Postfach 2, 1082 Wien. Telefon: 59 70 432! Einfach Geld überweisen: 10 Ausgaben für 100,- öS Konto PSK 8812.733!

Nur zwei unserer Treffpunkte:

Uns reicht's - SozialistInnen wehren sich! Jeden Montag um 19 Uhr, SJ Landstraße, Zentrum Erdberg, Lechnerstr. 2-4, 1030 Wien.

Gewerkschaftsstammtisch, jeden 2. und 4. Mittwoch im Café G'schamster Diener, Stumperg. 19, 1060 Wien.

Information über das Programm und die Aktivitäten gibt es bei der Redaktion - Telefon: 59 70 432. Oder schreibt uns einfach! Werdet aktiv bei VORWÄRTS!

Dafür kämpft VORWÄRTS

- ⇒ Sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn!
- ⇒ 12.000 öS Mindestlohn netto für alle ArbeitnehmerInnen!
- ⇒ Einen garantierten Ausbildungsplatz für jedeN und demokratische Schulen!
- ⇒ 30 m² Wohnraum für jedeN, Mieten bis max. 10% des Nettoeinkommens!
- ⇒ Rigorose Bestrafung aller Umweltverbrechen, bei radikaler Verschärfung der Auflagen. Umweltschutz und Arbeitsplätze müssen keine Gegensätze sein.
- ⇒ Drohen Unternehmer mit Arbeitsplatzabbau, müssen sie enteignet werden!
- ⇒ Kampf um jeden Arbeitsplatz und um soziale Verbesserungen für die arbeitende Bevölkerung und ihrer Familien!
- ⇒ Gegen die Diskriminierung von Frauen; gleiche Rechte in allen Bereichen!
- ⇒ Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung von In- und AusländerInnen!
- ⇒ Kein Ausverkauf der Verstaatlichten! Schluß mit der Privatisierungspolitik!
- ⇒ Nein zur Sozialpartnerschaft.
- ⇒ Facharbeiterlohn für bezahlte Funktionäre, um bürokratische Auswüchse zu verhindern!
- ⇒ Für eine gewerkschaftliche Offensive gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit!
- ⇒ Für eine starke, internationalistische und offensive Gewerkschaftsbewegung!
- ⇒ Kampf für eine sozialistische Politik in Betrieb, Ausbildungsplatz, Gewerkschaft und SPÖ!
- ⇒ Vergesellschaftung aller großen Konzerne und Überführung in demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- ⇒ Ein sozialistisches Europa als erster Schritt zu einer neuen Weltordnung!

Das VORWÄRTS-Programm (öS 35,- bei VORWÄRTS, PF 2, 1082 Wien)

Impressum: MHV Verein Vorwärts zur sozialistischen Demokratie, PF 2, 1082 Wien. Eigenvervielfältigung.